

### In manchen Mindestlohn-Branchen sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie dauerhaft

Beschäftigte im Mindestlohnbereich waren aus einer Reihe von Gründen stärker von den Folgen der Corona-Pandemie betroffen als andere Erwerbstätige. Infolgedessen zeigen sich längerfristige, strukturelle Änderungen in diesem Arbeitsmarktsegment. Dies sind die wichtigsten Ergebnisse einer qualitativen Studie des IAW im Auftrag der Mindestlohnkommission auf der Basis von über 100 Interviews mit Mindestlohnbeschäftigten und Mindestlohnbetrieben.

Arbeitsplätze von Mindestlohnbeschäftigten waren aufgrund der Verbindung zwischen Mindestlohnvergütung und geringfügiger Beschäftigung weniger gut durch die soziale Sicherung erfasst. Diese Arbeitsplätze wurden während der Corona-Pandemie häufiger abgebaut als andere. Für Mindestlohnbeschäftigte gefährdete dies nicht nur die Erwerbssituation, sondern hatte auch erhebliche Risiken für die eigene wirtschaftliche Existenz.

Mindestlohnbeschäftigte sind darüber hinaus oft in Branchen und Arbeitsverhältnissen tätig, in denen persönlicher Kundenkontakt zum Geschäft gehört – beispiels-

weise im Gastgewerbe oder im Friseurhandwerk. In der Corona-Pandemie bedeutete dies nicht nur eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, von Betriebsschließungen und damit verbundenen Verdienstausschfällen betroffen zu sein, sondern für die Beschäftigten auch ein erhöhtes Ansteckungsrisiko sowie die Konfrontation mit Anfeindungen und Beschimpfungen, wenn gegenüber der Kundschaft auf die Umsetzung der erforderlichen Hygieneregungen hingewiesen wird.

Sehr starke Auswirkungen der Corona-Pandemie zeigten sich in den von den staatlichen Schließungen betroffenen Branchen der Gastronomie und Beherbergung, bei Sportdienstleistungen und bei Friseur- und Kosmetiksalons, wobei sich diese Branchen nach Lockerung der Restriktionen auch schnell wieder erholen haben. Im Friseurgewerbe waren die Nachholeffekte größer als im Gastgewerbe. Problematisch für die Betriebe dieser Branchen ist, dass sich viele (vor allem besser qualifizierte) Beschäftigte aufgrund dieser Schließungen Tätigkeiten in anderen Beschäftigungsfeldern gesucht haben, sodass es noch schwieriger geworden ist,

*Fortsetzung Seite 2*

### EDITORIAL

*Liebe Leserinnen und Leser,*

mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine scheint auch die Handelspolitik gerade eine Zeitenwende zu erfahren. Das multilaterale, regelbasierte Handelssystem der WTO ist wohl Vergangenheit. Es war geprägt durch die Vermeidung von nichtkooperativen Handelspolitiken, die allen zum Nachteil gereichen würden, sowie durch langfristig stabile Rahmenbedingungen für den internationalen Handel. Nun sehen sich international tätige Firmen mit dem Risiko der plötzlichen Disruption von Handelsbeziehungen aufgrund geopolitischer Spannungen konfrontiert.

Nicht selten wird dieses Risiko systemische Qualität annehmen. Wird die Handelspolitik der Zukunft Elemente der Regulierung zum Umgang mit systemischen Risiken – analog zur makroprudenziellen Aufsicht der Banken – beinhalten? Hinzu kommt das Risiko von Disruptionen durch den Klimawandel – oder durch radikale Politiken zur Eindämmung dieses Wandels. Angesichts dieser Probleme scheint das handelspolitische Paradigma der Kooperation fast wie aus der Zeit gefallen. Und dennoch: Das Postulat der internationalen Kooperation im Bereich der Handelspolitik bleibt grundsätzlich valide – auch dann, wenn die etablierten Mechanismen der Kooperation angesichts eskalierender internationaler Konflikte hoffnungslos überfordert erscheinen.

Professor Dr. Wilhelm Kohler

<b>Aus dem Inhalt:</b>	
Editorial .....	1
In manchen Mindestlohn-Branchen sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie dauerhaft .....	1
Forschungsberichte aus dem IAW:	
Mineralische Rohstoffe werden meist nur über relativ geringe Distanzen transportiert .....	2
IAW-Veranstaltungen:	
Klimapolitik in Zeiten des Krieges .....	3
Die Vereinigten Staaten von Europa sind zum Teil schon verwirklicht .....	4
Vorträge .....	4
Personalia .....	4
Weitere Informationen zum IAW sowie aktuelle Pressemitteilungen finden Sie im Internet auf der IAW-Website unter <a href="http://www.iaw.edu">www.iaw.edu</a> .	

ausreichend (gut qualifizierte) Arbeitskräfte zu finden und zu rekrutieren. Andere Branchen, wie etwa Zustell- und Lieferdienste oder Teile des Einzelhandels, haben hingegen durch eine pandemiebedingte, erhöhte Nachfrage eher profitiert und konnten neue Beschäftigungsverhältnisse schaffen oder die Entlohnung verbessern.

Die Corona-Pandemie hat bei Mindestlohnbeschäftigten vermehrt zu Reflexionsprozessen geführt. Das veränderte Arbeitsaufkommen und die zunehmende berufliche Belastung infolge der Pandemie führten dazu, dass die Beschäftigten ihre persönlichen Arbeitsbedingungen hinterfragt haben. Ein Teil der Beschäftigten empfand den Mindestlohn als zu gering und hat daher versucht, den Arbeitsplatz zu wechseln oder sich beruflich neu zu orientieren. Insofern hat die

Corona-Pandemie das Bewusstsein für die Möglichkeit geschärft, berufliche Veränderungen proaktiv anzugehen. Teilweise mussten Beschäftigte auch erzwungenermaßen in neue Bereiche wechseln.

Auch bei den Betrieben zeigten sich Veränderungen infolge der Corona-Pandemie. Sie haben ihre Geschäftsmodelle teilweise dauerhaft verändert und sind z.B. im Gastgewerbe auf einen reinen Lieferservice oder in bestimmten Segmenten des Einzelhandels vermehrt auf den Online-Handel umgestiegen. Manche Betriebe sind ganz vom Markt verschwunden. Diese Veränderungen werden auch den Mindestlohnbereich in Zukunft beeinflussen.

Zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Mindestlohnbeschäftigte und vom Mindestlohn betroffene Betriebe

kommen weitere Faktoren hinzu, die es Betrieben und Beschäftigten zusätzlich erschweren, auf dem Arbeitsmarkt längerfristige Entscheidungen zu treffen. Hierzu gehören insbesondere die konjunkturelle Situation nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine, die hohe Inflation und die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro zum 1. Oktober 2022.

→ IAW/IZA: [„Folgen der Corona-Pandemie für Mindestlohnbeschäftigte und vom Mindestlohn betroffene Betriebe“](#), Abschlussbericht 2022

Ansprechpartner:  
Dr. Andreas Koch  
Tel. 07071 9896-12  
andreas.koch@iaw.edu

## Mineralische Rohstoffe werden meist nur über relativ geringe Distanzen transportiert

Mineralische Rohstoffe wie Sande, Kiese und Festgesteine sind eine wichtige Grundlage aller Volkswirtschaften und vor allem im Hoch- und Tiefbau von elementarer Bedeutung. Deren Gewinnung wird aufgrund der damit verbundenen Verkehrs- und Umweltbelastungen insbesondere in den heimischen Abbaugebieten in der Öffentlichkeit oft sehr kritisch gesehen. In der Region Bodensee-Oberschwaben werden der Kiesabbau sowie Kiesexporte nach Österreich und in die Schweiz seit einigen Jahren verstärkt öffentlich diskutiert, wobei bislang keine international vergleichbare Datenbasis verfügbar war, die dazu belastbare Aussagen erlaubt hätte. Vor diesem Hintergrund hat das IAW im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg in einer empirischen Studie die Transportströme mineralischer Rohstoffe und die jeweiligen Rahmenbedingungen in der Internationalen Bodenseeregion untersucht.

Zentrale Datengrundlage der Studie ist eine Unternehmensbefragung von 131 Standorten der Rohstoffgewinnung und

-verarbeitung in der Untersuchungsregion. Die Studie kommt zu folgenden zentralen Ergebnissen:

- In allen 15 Teilregionen der Internationalen Bodenseeregion gibt es Vorkommen mineralischer Rohstoffe, deren Abbau überall genehmigungspflichtig ist. Meist erfolgt eine raumplanerische Rohstoffsicherung, allerdings gibt es regionale Unterschiede hinsichtlich der Planungszeiträume sowie der Vorgehensweise bei der Bedarfsplanung.
- Aus dem deutschen Teilgebiet der Region gibt es einen Exportüberschuss nach Vorarlberg und in das Schweizer Teilgebiet. Die Exportquote des baden-württembergischen Teilgebiets liegt gemäß den Ergebnissen der Unternehmensbefragung bei etwa sechs Prozent.
- Die ermittelten Transportdistanzen deuten auf eine überwiegend lokale bis regionale Verwendung der mineralischen Rohstoffe hin. Große Teile der Exporte erfolgen von Standorten, deren Entfernung zum nächstgelegenen internationalen Grenzübergang maximal 30 Straßen-Kilometer beträgt.

Die Ergebnisse der Studie stützen insgesamt nicht die in den öffentlichen Diskussionen häufig geäußerte Vermutung, dass signifikante Mengen an Rohstoffen aufgrund günstigerer Rahmenbedingungen und niedriger Preise von den Abbaustätten in Baden-Württemberg über weite Distanzen systematisch ins benachbarte Ausland transportiert und dort abgesetzt werden. Dennoch sollten sich Politik, Gesellschaft und Wirtschaft weiter auf sachlicher Grundlage mit der Frage befassen, wie die notwendige Versorgung der Gesellschaft mit Rohstoffen noch besser mit den berechtigten Interessen der Betroffenen und den Belangen des Umweltschutzes vereinbart werden kann.

Andreas Koch/Marcel Reiner/Tobias Scheu: [Länderübergreifende mineralische Rohstoffströme in der Bodenseeregion](#), 2021.

Ansprechpartner:  
Dr. Andreas Koch  
Tel. 07071 9896-12  
andreas.koch@iaw.edu

## Klimapolitik in Zeiten des Krieges

Welche Folgen haben der Krieg in der Ukraine, die zunehmende Frontstellung zwischen Russland und den westlichen Ländern und die Reduktion der Rohstoffimporte aus Russland auf die Bemühungen um eine Reduzierung klimaschädlicher Emissionen? Mit diesem hochaktuellen Thema beschäftigte sich Professor Dr. Ottmar Edenhofer, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung und Professor an der TU Berlin, bei seinem Vortrag auf der IAW-Veranstaltung „Auswirkungen des Klimawandels und der Klimapolitik auf Baden-Württemberg“ am 20. Juni 2022 in der Staatsgalerie Stuttgart.

Die Dramatik der Lage nimmt nach Professor Edenhofer noch immer zu. Eine globale Erwärmung beschränkt auf 1,5 bis 2 Grad bis zum Jahr 2100, wie sie das Pariser Klimaabkommen vorsieht, sei kaum noch zu realisieren. Die Folgen einer deutlich stärkeren Erwärmung wären aber so einschneidend, dass sich die Menschheit daran nicht anpassen könnte. Die primäre Aufgabe sei es daher, die Atmosphäre als CO<sub>2</sub>-Deponie durch Klimapolitik so zu regulieren, dass der Großteil der fossilen Reserven im Boden bleibe. Durch den technischen Fortschritt bei den regenerativen Energien sind zwar die Preise für Solar- und Windenergie deutlich gesunken, dies gilt aber längerfristig auch für konventionelle Energieträger. Vom technischen Fortschritt allein gehen also keine ausreichenden Anreize aus, die Emission von CO<sub>2</sub> zu vermeiden. An dieser Stelle kommt die internationale Klimapolitik ins Spiel. Edenhofer sprach sich für einen Klimaclub aus, wie er im Koalitionsvertrag im Bund vorgesehen ist. Zentrales Politikinstrument sei ein Preis für die Emission von CO<sub>2</sub>. Hierbei müssten sich die großen Emittenten (USA, China, EU) zu einer Vorreiterallianz zusammenfinden.



Teilnehmer an der Podiumsdiskussion (v.l.n.r.): Prof. Dr. Ottmar Edenhofer, Dr. Moritz Kraemer, Martin Peters und Moderator Dieter Fritz

Durch den Kriegsausbruch ist vielen erstmals bewusst geworden, dass die fossilen Ressourcen überwiegend im Besitz von autokratisch geführten Ländern sind. Edenhofer nahm hier den Begriff der „Weaponized Interdependence“ auf. Damit ist gemeint, dass Autokratien, wie z.B. Russland, den Besitz fossiler sowie mineralischer und landwirtschaftlicher Rohstoffe als Waffen einsetzen, um die Politik in den Demokratien zugunsten der Autokratie zu beeinflussen. In dieser Situation bedürfe es zusätzlicher Anstrengungen, um den Bedarf nach fossilen Rohstoffen zu vermindern. Edenhofer sprach sich für eine Importsteuer auf russisches Öl und Gas aus, um die Abhängigkeit von Russland zu reduzieren und die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu vermindern. Importabgaben auf fossile Brennstoffe wären auch aus Verteilungsgründen sinnvoll, denn die fiskalischen Erträge könnten an Haushalte mit geringem Einkommen rückerstattet werden.

In der nachfolgenden Podiumsdiskussion wurden auch die Konsequenzen für die baden-württembergische Wirtschaft erörtert. Unter der Moderation von Dieter Fritz, dem früheren Anchorman der SWR Landesschau, diskutierten Dr. Moritz Kraemer, Chefvolkswirt und Leiter des Konzernbereichs Research der LBBW, und Martin Peters, Vorsitzender der Geschäftsführung der Eberspächer Gruppe GmbH & Co. KG, mit Professor Edenhofer. Dabei hoben die Diskutanten hervor, dass die baden-württembergische Wirtschaft nicht nur von Lieferschwierigkeiten bei Gas und Öl betroffen ist. Die Unternehmen seien großen Risiken in ihren Lieferketten ausgesetzt, Abhängigkeiten gebe es insbesondere bei Halbleitern, Batteriezellen und Solarzellen. Einig waren sich die Diskutanten darin, dass Autarkie nicht die Lösung der Probleme ist. Es müsse darum gehen, Abhängigkeiten von bestimmten Ländern zu vermeiden und die Risiken stärker zu streuen. Hierfür müsse die Politik den Rahmen setzen, da das einzelne Unternehmen mit der

Bewältigung solcher gesamtwirtschaftlicher Risiken überfordert sei. Immer mehr Unternehmen verstünden auch, so Martin Peters, dass sie von Umweltregulierung profitieren. Die Politik ergreife allerdings oft nicht die richtigen Maßnahmen. Die Maßnahmen seien nicht richtig synchronisiert, was sich z.B. an der unzureichenden Lade-Infrastruktur bei Elektromobilität zeige. Edenhofer kritisierte auch, dass die Politik zu stark auf Verbote setze und sich damit eine Detailsteuerung zutraue, wo diese gar nicht zielführend sei.



Prof. Dr. Ottmar Edenhofer



V.l.n.r.: Dr. Patricia Staab, Präsidentin der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung in Baden-Württemberg, Preisträger Georg Schneider, Preisträgerin Lena Wiest, Prof. Dr. Wilhelm Rall, Vorstandsvorsitzender des IAW e.V.

Bei der Veranstaltung wurde auch der Norbert-Kloten-Preis für angewandte Wirtschaftsforschung vergeben. Seit 2008 vergeben das IAW und die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Baden-Württemberg den Preis gemeinsam für herausragende Abschlussarbeiten. In diesem Jahr ging der Preis an Georg Schneider für seine Masterarbeit mit dem Titel „Consumption under Gravity – Value Added Taxation and International Trade“ sowie an Lena Wiest für ihre Masterarbeit mit dem Titel „The European Green Deal, Carbon Pricing and International Trade“. Beide Arbeiten entstanden unter der Betreuung von Prof. Dr. Frank Stähler bzw. Prof. Dr. Wilhelm Kohler an der Eberhard Karls Universität Tübingen.

© Fotos: Sebastian Berger/Deutsche Bundesbank.

### 7. Bundesbank-IAW Lecture mit Prof. Thierry Mayer: Die Vereinigten Staaten von Europa sind zum Teil schon verwirklicht



Professor Thierry Mayer

© Deutsche Bundesbank, Norman Stollhof.

Die 7. Bundesbank-IAW-Lecture on European Economic Integration wurde am 11. Juli 2022 von Professor Thierry Mayer vom Institut d'études politiques de Paris (SciencesPo) gehalten. Unter der Überschrift „The United States of Europe“ fragte Professor Mayer danach, inwiefern die EU schon jetzt ein Raum ohne Grenzen

sei. Tatsächlich zeigt die Analyse auf der Basis sogenannter Gravitätsmodelle, dass Handelsschranken innerhalb der EU kaum noch bestehen. Ob ein Lieferant beispielsweise in Lothringen, in Luxemburg oder in Rheinland-Pfalz beheimatet ist, spielt also keine Rolle mehr. Dabei hat die Integration in den letzten 15 Jahren noch einmal erheblich zugenommen. Die Wohlfahrtsgewinne aus dem Binnenhandel sind allerdings ungleich verteilt. Vor allem die mittel- und osteuropäischen Länder haben gewonnen. So ist die Wohlfahrt der Konsumenten in Ungarn jedes Jahr um 15 % höher, als sie es ohne die EU wäre.

Ganz anders sieht es mit der Binnenmigration in der EU aus, hier hat sich in den letzten Jahrzehnten wenig getan. Noch immer lebt der größte Teil der Bevölke-

rung in den Grenzen der eigenen Geburtsregion. Dies gilt allerdings für die USA auch, wenngleich deutlich schwächer als für die EU. Die politische Integration hat sich nach Thierry Mayer erheblich verstärkt. Hierfür zog er das Abstimmungsverhalten der EU-Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen heran, das immer kohärenter geworden ist. Offenbar gelingt es den Mitgliedstaaten zunehmend besser, sich auf gemeinsame Positionen zu koordinieren.

In der Diskussion wurden aber auch die Probleme und Rückschritte im Integrationsprozess beleuchtet, beispielsweise das mangelnde Vertrauen in die Institutionen, die Schuldenkrise sowie die zunehmend autokratischen Bestrebungen in einigen osteuropäischen Ländern.

## IAW-VORTRÄGE

23. Juni 2022

Natalie Laub: „Reduced retirement age – an effective reform to calm public unrest?“, Jahreskonferenz der schweizerischen Gesellschaft für VWL und Statistik, Fribourg (Schweiz).

27./28. Juni 2022

Christin Schafstädt: „Hand in Hand durch die Corona-Pandemie? Auswirkungen der Pandemie auf das lokale Hilfe- und Unterstützungssystem“, Vorträge an der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften Hochschule München.

14. Juli 2022

Martin Kroczek/Natalie Laub: „Tätigkeiten, arbeitsbedingte Belastungen und Rentenreformen“, Statistiktage Bamberg|Fürth des Bayerischen Landesamtes für Statistik.

## PERSONALIA



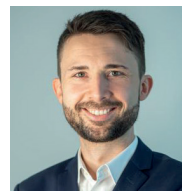
Khira Sippli

Mitte Mai 2022 beendete **Khira Sippli** ihre erfolgreiche Tätigkeit am IAW. Seit Mai 2016 war sie am IAW als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsschwerpunkt Arbeitsmärkte und Soziale Sicherung tätig.

Am 1. Juli 2022 trat **Jan Simon Wiemann** seine Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am IAW an. Er studierte International Economics an der Univer-

sität Tübingen. Sein Masterstudium im Studiengang Arbeitsmarkt und Personal schloss er an der Universität Nürnberg-Erlangen ab. Er arbeitet im Projekt „Evaluation des Gesetzes zur Förderung der Entgelttransparenz zwischen Frauen und Männern“.

Ein Praktikum am IAW absolvieren derzeit Eva Hoher, Celine Keppner und Paul Setzpfand. Neu als Hilfskraft tätig ist Svenja



Jan Simon Wiemann

Hofacker. Ihre Tätigkeit beendet haben Annina Quast, Robin Gligorov und Finn-Ole Höner.

© Fotos: IAW, privat.

### Impressum

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. an der Universität Tübingen  
Schaffhausenstraße 73, 72072 Tübingen  
Tel. 07071 9896-0, Fax: 07071 9896-99  
iaw@iaw.edu, <http://www.iaw.edu>

Verantwortlich: Prof. Dr. Bernhard Boockmann  
(Wissenschaftlicher Direktor)

Die IAW-News werden vorzugsweise per E-Mail versandt.